

# Sie wollen ihre Patienten schützen und lassen sich dennoch nicht impfen

Die meisten Spitalangestellten verweigern die Impfung gegen die Grippe - und gefährden damit ihre Patienten. Eine Studie zeigt jetzt, warum sie diese Haltung haben.

Luca De Carli

Die 30-jährige Frau wurde wahrscheinlich von ihrem Kind mit der Grippe angesteckt. Jetzt liegt sie auf der Intensivstation des Universitätsspitals Basel, muss künstlich beatmet werden und wird mit einer künstlichen Lunge und Niere behandelt. Vielfach verläuft eine Grippe harmlos. Diesen aktuellen Fall beschreibt Andreas Widmer, stellvertretender Chefarzt Infektiologie und Spitalhygiene. Er zeigt, dass auch bei jungen gesunden Personen sehr schwere Erkrankungen auftreten können.

Verhindern lässt sich eine Grippe, wie sie die Schweiz gerade wieder erfasst hat, nicht. Jedes Jahr sterben hierzulande mehrere Hundert Personen an der Grippe. Widmer schätzt, dass rund 200 Todesfälle pro Jahr auf Ansteckungen in Spitälern zurückgehen. Genaue Daten dazu fehlen jedoch.

Ein Mittel, um die Ansteckungsgefahr in den Spitälern zumindest zu senken, wäre die jährliche Grippeimpfung für das Personal. Doch seit Jahren lässt sich nur eine Minderheit impfen. Besonders gross ist der Widerstand bei den Pflegefachleuten - der grösste Angestelltenkategorie in den Spitälern mit dem engsten Kontakt zu den Patienten.

Am Zürcher Universitätsspital beträgt die Impfquote beim Pflegepersonal 15 Prozent, am Universitätsspital Basel 25 und am Berner Inselspital 36 Prozent. Die Quoten der Ärzte sind deutlich höher. In Basel und Bern sind über die Hälfte der Ärzte der Universitätsspitäler geimpft. In Zürich sind es mehr als 30 Prozent. Schweizweit lässt sich rund ein Viertel des gesamten medizinischen Personals gegen die Grippe impfen.

## Impfung allein reicht nicht

Die Impfquote sei in allen Schweizer Spitälern zu tief, als dass die Patienten tatsächlich gegen die Grippe geschützt werden können, schreiben die Autoren einer noch unveröffentlichten Studie. Empfohlen werden Quoten von bis zu 80 Prozent. Das Universitätsspital Basel und das Kantonsspital St. Gallen haben deshalb untersuchen lassen, wie Pflegefachleute mit der Grippeprävention umgehen. Ziel des mehrjährigen Forschungsprojekts ist deren Verbesserung. Erste Erkenntnisse liegen dieser Zeitung vor.

Die Autoren betonen, dass zum Schutz vor der Grippe nicht nur die Impfung gehöre. Auch wichtig sei die Händehygiene oder das Tragen von Masken - beides werde vom Pflegepersonal gut umgesetzt. Hinzu kommen weitere Massnahmen wie die Isolation von Grippekranken. «Um die Patienten zu schützen, muss all das gemacht werden», sagt Dunja Nicca, Professorin für Pflegewissenschaften an Universität und Universitätsspital Basel. «Unsere Befragungen haben aber gezeigt, dass das Pflegepersonal die Bedeutung der Impfung tendenziell unterschätzt.» Alle wollten die Patienten schützen, viele seien aber der Meinung, dass die eigene Impfung dabei von geringer Bedeutung sei.

In den Schweizer Spitälern werden die Mitarbeiter seit vielen Jahren dazu aufgefordert, sich freiwillig gegen die Grippe impfen zu lassen. Der Erfolg sei gering, sagt der Basler Hygieniker Widmer. «Anders als die Ärzte ist das Pflegepersonal für Aufklärungskampagnen wenig empfänglich.» Das Universitätsspital Zürich teilt mit, dass eine fast vollständige Durchimpfung des Personals nur erreicht werden kann, wenn die Mitarbeitenden vertraglich zu einer jährlichen Grippeimpfung verpflichtet werden. Das sei aber in der Schweiz nicht möglich.

Die Erkenntnisse aus dem Spitalalltag bestätigen mehrere Untersuchungen: Information und ein einfacher Zugang zur Impfung reichen nicht aus, um die Quote zu erhöhen. Im Gegenteil: Viele Pflegefachleute fühlten sich durch die «moralisierende Kommunikation» der letzten Jahre stark unter Druck gesetzt, sagt Professorin Nicca. «Die Grippeimpfung ist dadurch in vielen Teams zu einem Tabuthema geworden.»



Händehygiene und Masken tragen: Diese Schutzmassnahmen werden vom Pflegepersonal gut umgesetzt. Foto: Marco Zanon (Lunax)

## In der Schweiz ist es nicht möglich, das Personal vertraglich zur Grippeimpfung zu verpflichten.

Diesen Befund stützt auch der Verband der Pflegefachkräfte: «Wenn Druck ausgeübt wird, löst das Widerstand aus», sagt Roswitha Koch, Leiterin der Abteilung für Pflegeentwicklung. Der Verband hält die Grippeimpfung für wichtig. Er will aber, dass jeder Mitarbeiter im Gesundheitswesen sich selber dafür oder dagegen entscheiden kann. Eine Impfung sei immerhin ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit, sagt Koch.

## Teamkultur ist entscheidend

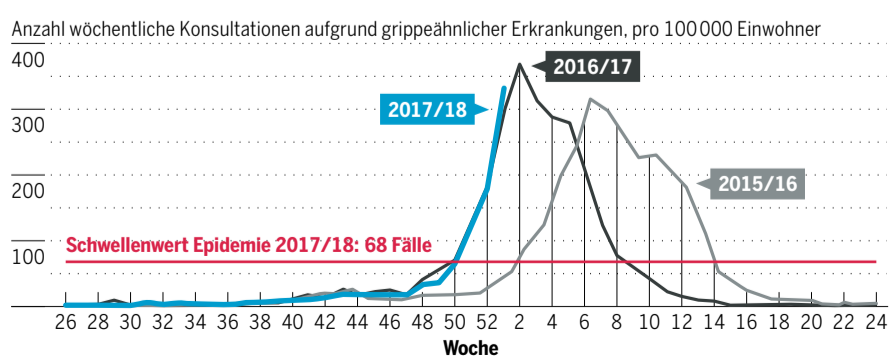
Die Befragungen hätten auch gezeigt, wie wichtig die Interaktion innerhalb der Berufsgruppe sei, sagt Dunja Nicca. Ob geimpft werde oder nicht, hänge nicht nur von der persönlichen Einstellung, sondern auch sehr stark von der Teamkultur ab. Anders als die Grippeimpfung würden Massnahmen wie das Maskentragen oder die Handhygiene in vielen Teams diskutiert. Die Folge: Am Ende würden die Teammitglieder ge-

meinsam hinter den Zielen stehen und sich gegenseitig motivieren, sagte Nicca. Beim Tabuthema Grippeimpfung blieben die Teams dagegen «in einer Negativspirale gefangen». Hier müssten die Verantwortlichen ansetzen. «Es muss erreicht werden, dass in den Teams wieder offen über Grippeprävention und die Impfung als eine Massnahme von vielen geredet wird.»

Dass die Team- oder Unternehmenskultur entscheidend für die Impfquote ist, darauf deuten auch die sehr unterschiedlichen Zahlen aus den Spitälern hin. Ein Beispiel aus der Stadt Zürich: Die Impfquote ist beim Pflegepersonal des Kinderspitals (knapp 50 Prozent) dreimal höher als am Universitätsspital.

Nicht untersucht wurden in der Studie die Auswirkungen von Zwangsmassnahmen. Mehrere Universitätsspitäler verlangen, dass Nichtgeimpfte während der Grippezeit immer eine Maske tragen - auch wenn sie keine Erkältungssymptome zeigen. Der Basler Spitalhygieniker Andreas Widmer hat aber auch hier im Alltag keine positiven Auswirkungen auf die Impfquote festgestellt: «Die Maske wird nicht als diskriminierend empfunden, obwohl damit offensichtlich ist, dass sich die Person entgegen der Empfehlung der Klinik nicht gegen die Grippe geimpft hat.»

## Zahl der Grippefälle steigt stark an



Grafik mrue/Quelle: Bundesamt für Gesundheit

## Grippewelle

### Früh und heftig

Die Zahl der Grippefälle ist in der Schweiz in der letzten Woche stark angestiegen.

Die Grippe hat die Schweiz im Griff. In allen Regionen ist die Zahl der Fälle in der letzten Woche stark angestiegen, wie der gestern veröffentlichte aktuelle Lagebericht des Bundesamts für Gesundheit zeigt. Für die nächsten Wochen deutet sich eine weitere Zunahme der Fälle an. Die Tendenz ist bei allen Altersgruppen steigend. Die Grippewelle ist in diesem Winter erneut früh dran. Wie bereits im Jahr davor wurde der Grenzwert zur Epidemie (68 Verdachtsfälle pro 100 000 Einwohner) noch vor Weihnachten überschritten. Bei den Wellen davor war dies jeweils erst Mitte Januar der Fall.

Eine Grippewelle tritt in der Schweiz jedes Jahr auf. Die Stärke variiert aber. Eine Erkrankung kann von einer Vielzahl verschiedener Viren ausgelöst werden, die sich laufend verändern. Die Grippeimpfung muss deshalb in jedem Jahr neu zusammengestellt werden. Die aktuellen Impfstoffe sollen gegen drei beziehungsweise vier der am meisten verbreiteten Virenstämme wirken (Drei- oder Vierfach-Impfung). Die Herstellung ist zeitaufwendig, deshalb gibt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) jeweils schon im Frühjahr Empfehlungen dazu ab, wie die Impfstoffe für den kommenden Herbst zusammengesetzt sein sollen - in Unkenntnis davon, welche Viren bei der nächsten Welle dann wirklich aktiv sind.

Weil die Empfehlung der WHO nicht immer gleich gut ist, schützen die Impfungen in den einzelnen Jahren sehr unterschiedlich. Bei der aktuellen Grippewelle ist der Influenzavirus Typ B Yamagata besonders stark verbreitet. Dieser ist dieses Mal jedoch nur in der Vierfach-Impfung enthalten. (ldc)

## Wende bei den Hornkühen

Politiker und Initianten der Hornkuhinitiative gehen aufeinander zu: Bergbauer Armin Capaul könnte die Initiative zurückziehen.

Brigitte Walser

Das Anliegen der Hornkuhinitiative findet Unterstützung in der zuständigen Kommission des Nationalrats: Auch die Kommission will Bauern belohnen, die ihren Kühen die Hörner belassen. Sie will die Einführung eines Hornbeitrags allerdings nicht wie die Initianten auf Verfassungs-, sondern auf Gesetzesstufe regeln. Gemäss gestriger Mitteilung spricht sie sich deshalb für einen indirekten Gegenvorschlag aus mit dem Ziel, dass die Initiative zurückgezogen wird. Die Initianten sind zu diesem Schritt bereit, falls der Gegenvorschlag bestimmte Bedingungen erfüllt.

Der Gegenvorschlag sieht einen Beitrag vor für Halter von erwachsenen horntragenden Nutztieren, also etwa Kühen, Ziegen oder Schafen. Der Anspruch darauf soll an bestimmte Standards für das Tierwohl geknüpft werden. Das entspricht den Forderungen der Initianten. Konfliktpotenzial besteht jedoch bei der Beitragshöhe: Die Initianten verlangen, dass das Gesetz einen Minimalbeitrag enthält. Die Kommission schlägt vor, die Höhe des Beitrags auf Verordnungsstufe zu regeln. Bergbauer Armin Capaul, die treibende Kraft hinter der Hornkuhinitiative, lehnt dies persönlich ab, doch werde man das im Initiativkomitee noch beraten. Bei der Beitragshöhe hat Capaul bereits Abstriche akzeptiert: Schwebte ihm ursprünglich ein Franken pro Tag und behornete Kuh vor, so würde er sich nun auch mit gut der Hälfte zufriedengeben. Schliesslich gehe es darum, möglichst schnell eine gute und konkrete Lösung für die Kühe zu finden, hält er fest. Für den Hornbeitrag werden keine zusätzlichen Bundesmittel gefordert, sondern eine Umverteilung innerhalb des Agrarbudgets.

Die Nationalratskommission muss nun die Zustimmung der zuständigen Kommission im Ständerat abwarten. Danach könnte sie eine konkrete Gesetzesvorlage ausarbeiten, teilte sie gestern Mittwoch mit.

## Nachrichten

### Filmprojekt Test für bedingungsloses Grundeinkommen

In einem Schweizer Dorf soll getestet werden, wie sich ein bedingungsloses Grundeinkommen auf zwischenmenschliches Verhalten und den lokalen Wirtschaftskreislauf auswirkt. Filmemacherin Rebecca Panian will so «die Blockade in den Köpfen» lösen. Dies, nachdem im Juni 2016 die Schweiz das bedingungslose Grundeinkommen abgelehnt hat. Sie sucht ein Dorf, in welchem das Grundeinkommen getestet werden kann. Ideal für das Projekt wäre gemäss Panian ein Dorf mit 150 bis 1000 Personen. Das Projekt stösst auf Interesse: Bis gestern hat Panian zwischen 20 und 30 Rückmeldungen erhalten. Zum Beispiel sei das Dorf Bergün in Graubünden zweimal vorgeschlagen worden. Bei Gemeinden, welche sich eignen, werde sie vorstellig werden. (SDA)

### Nationalratskommission

### Politiker fordern Mindestpreis für Zucker

Die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK) bleibt dabei: Sie will einen Mindestpreis für Zucker einführen. Die Ständeratskommission hatte sich dagegen ausgesprochen. Nun entscheiden die Räte. Weil die EU die Zuckerproduktion ausgeweitet hat, ist der Preis gesunken. Die Kommission ist der Ansicht, dass Handlungsbedarf besteht: Ohne Mindestpreis seien die Zuckerrüben- und die Zuckerproduktion, die entsprechenden Arbeitsplätze und die Versorgungssicherheit in der Schweiz gefährdet, argumentiert sie. Die EU hatte letzten Herbst die Begrenzung der Produktionsmengen beim Zucker abgeschafft und die Exportbeschränkung aufgehoben. (SDA)